

Das deutsche Volk scheint sich auf eine seiner Lieblingsbeschäftigungen zu besinnen, nämlich seine hohen staatlichen Repräsentanten mit Schmutz zu bewerfen. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. Dezember heißt es auf der 1. Seite:

***Vorwürfe gegen Wulff erfüllen Berliner Koalition mit Sorge.***

Der Unterzeichner kann von sich wirklich nicht behaupten, dass er ein besonderer Verehrer unseres Bundespräsidenten ist. Im Gespräch wüßte er Gründe zu benennen, welche Christian Wulff aus seiner Sicht als Bundespräsident unseres Staates ungeeignet erscheinen lassen. Aber soviel Staatsbewusstsein muss sein: Dieser Mann verfassungsgemäß zum Präsidenten unseres Staates gewählt worden. Es gehört sich nicht, ihn mit Schmutz zu bewerfen, insbesondere dann nicht, wenn ihm wirklich nichts vorzuwerfen ist.

Gegenstand der Vorwürfe ist: Als Wulff noch Ministerpräsident von Niedersachsen war, hat er sich von der Ehefrau G. eines lebenslangen Freundes 500.000 € geliehen und diese mit 4 % pa verzinst. Inzwischen hat er dieses Darlehen zurückgezahlt. Was in aller Welt soll daran Verdacht erregen? Jedermann weiß, dass die Termingeldzinsen seit vielen Jahren sehr niedrig sind. Die Darlehensgeberin, mit Wohnsitz in der Schweiz, hätte für ihr Geld auf einem Termingeldkonto kaum 0,5 % /Jahr erhalten. Herr Wulff aber hätte für ein Darlehen, je nach Lage, mindestens 5 - 6% %/Jahr bezahlen müssen. Wenn zwei Freunde, wie hier Wulff und Herr G. bzw dessen Ehefrau, einander vertrauen, von denen einer viel Geld hat und der andere gerade Geld braucht, dann liegt nichts näher als ein solches Privatarlehen. Beide haben davon einen Vorteil. Die Darlehensgeberin erhielt eine Verzinsung, welche sie im Markt praktisch nicht erzielen konnte, und Wulff ersparte sich 1 - 2 %, die er sonst einer Bank hätte zahlen müssen. Das macht immerhin 5000 - 10.000 € im Jahr aus.

Dann soll Wulff in niedersächsischen Landtag auf die Frage nach Geschäftsbeziehungen zu Herrn G. unaufrichtig geantwortet haben, weil er das Darlehen von dessen Frau verschwiegen habe. Auch Politiker haben Anspruch eine Privatsphäre. Wer ein Privatarlehen aufnimmt, zeigt, dass er Geld braucht und Gründe hat, sich nicht an eine Bank zu wenden. Es geht doch niemanden etwas an, wie ich und Du, oder auch der Bürger Ministerpräsident, Privatangelegenheiten regeln. Niemand ist verpflichtet, seine

Vermögensverhältnisse offen zu legen oder auf ungestellte bzw. unzulässige Fragen zu antworten.

Es ist auch unangebracht, ihm beiläufig vorzuhalten, dass er sich von einem Freund in dessen Villa, sei's in der Schweiz oder in den USA , einladen lässt. Wir Deutschen können bei aller Kritik, welche wir gegen unsere Politiker haben, mit Stolz darauf hinweisen, dass unsere Präsidenten, Bundeskanzler und Minister keine anrühigen Milliardärsfreundschaften pflegen wie Berlusconi, Sarkozy oder Tony Blair, welche auf Yachten oder schlüpfrigen Lokalen ausgelebt werden. Das sollte so bleiben. Aber wir müssen die Kirche im Dorf lassen ! Auch der Bundespräsident und unser politisches Führungspersonal haben Anspruch darauf, sich mit Freunden zu treffen und Freundschaften zu pflegen. Wenn diese Freunde reich sind, ist das doch keine Schande.

Der Unterzeichner hält sich zwar für einen in gewissem Sinne für einen typischen Deutschen - aber diese deutsche Lust zu Selbstdemontage teilt er nicht. Sie ist zum K.... Er hätte Wulff nicht zum Bundespräsidenten gewählt. Aber jetzt ist er es, und wir alle müssen daran mitwirken, dass dieser Mann in der Welt das Ansehen verkörpern kann, welches wir Deutschen angesichts unser fragilen Feindfreundschaften in Europa in der Welt dringend brauchen.

M.A.

14.12.11